

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

zur Beratung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Verkehr
(14. Ausschuß)
— Drucksache 11/4883 —

zu dem Antrag der Abgeordneten Wieczorek-Zeul, Daubertshäuser, Antretter, Bamberg, Büchner (Speyer), Diller, Ewen, Faße, Gerster (Worms), Dr. Götte, Haar, Hasenfratz, Dr. Hauff, Horn, Ibrügger, Jahn (Marburg), Klein (Dieburg), Kretkowski, Leonhart, Müller (Pleisweiler), Nehm, Dr. Niese, Pauli, Peter (Kassel), Reimann, Reuter, Scherrer, Sielaff, Dr. Sperling, Dr. Timm, Dr. Pick, Pfuhl, Voigt (Frankfurt), Walther, Weiler, Weyel, Dr. Wieczorek, Wittich, Zander, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/2868 (neu) —

**Stationierung von Flugzeugen der US-Streitkräfte auf dem Flugplatz
Wiesbaden-Erbenheim**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Mecktersheimer, Frau Schilling, Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2890 —

**Keine Stationierung von US-Kampfhubschraubern auf dem Flughafen
Wiesbaden-Erbenheim**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Mecktersheimer, Frau Schilling, Schily und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2891 —

**Rücknahme der Einverständniserklärung der Bundesregierung zur Stationierung
von amerikanischen Kampfhubschraubern auf dem Militärflughafen
Wiesbaden-Erbenheim**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlußempfehlung – Drucksache 11/4883 – erhält folgende Fassung:

„Der Deutsche Bundestag lehnt jede Stationierung von US-Kampfhubschraubern und Starrflüglern auf dem Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim ab.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, das Vorhaben der US-Streitkräfte, auf dem Flugplatz Wiesbaden-Erbenheim bis zum Juli 1993 insgesamt 181 Hubschrauber und Starrflügler zu stationieren, in vollem Umfang abzulehnen.

Die NATO hat mit der Stimme des deutschen Verteidigungsministers für die Wiener Abrüstungsverhandlungen selbst eine deutliche Abrüstung bei den Kampfhubschraubern angeboten. Eine Entscheidung des deutschen Verteidigungsministers zur Genehmigung der Stationierung neuer Kampfhubschrauber ist daher völlig unverständlich und unakzeptabel.

Die Antwort auf die demokratischen Veränderungen in der DDR und in den osteuropäischen Staaten darf nicht ein neuer Schritt zur Aufrüstung auf unserer Seite sein.“

Bonn, den 13. Dezember 1989

Dr. Vogel und Fraktion